



RHEIN-SIEG-KREIS
DER LANDRAT

Deutscher Bundestag
Herrn Bundestagspräsidenten
Prof. Dr. Norbert Lammert
Platz der Republik 1

11011 Berlin

Ausschuss für
Wirtschaft und Energie

Eingang 11. Nov. 2014

mit Anlagen
Frau/Herrn
nr. d. B.-am

Präsidentbüro

Kenntnisnahme
 Entwurf Bearbeitung
 Rücksprache

Vgl: D.V.

Deutscher Bundestag
07.11.2014 11:39
153386
Direktor

PA
M
6/11
C. Lohm

h
M.M.
G = A-Dr.S.

PA

11. Nov. 2014

Siegburg, den 03.11.2014

Sehr geehrter Herr Bundestagspräsident Prof. Dr. Lammert,

nachfolgend übersende ich Ihnen die Resolution des Kreistages des Rhein-Sieg-Kreises, die in dessen Sitzung am 30.10.2014 einstimmig verabschiedet worden ist.

Der Kreistag des Rhein-Sieg-Kreises appelliert an:

- die Kommission der Europäischen Union,
- das Parlament der Europäischen Union,
- die Bundesregierung,
- den Deutschen Bundestag,
- die Landesregierung NRW,

ALP
07. Nov. 2014
44888

PAg
PA G Jamm

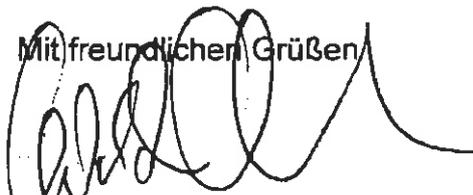
sich im Zuge der Verhandlungen um das Transatlantische Freihandelsabkommen mit den USA (TTIP) und des internationalen Dienstleistungsabkommens "Trade in Services Agreement" (TISA), sowie auch beim bereits verhandelten Freihandelsabkommen mit Kanada (CETA) uneingeschränkt für die kommunale Selbstverwaltung, den Schutz und Fortbestand der kommunalen Daseinsvorsorge und der kommunalen Kultur- und Bildungspolitik einzusetzen.

Der Kreistag stellt fest, dass die geplanten Abkommen nach derzeitigem Kenntnisstand auch die kommunale Daseinsvorsorge tangieren sollen.

Der Kreistag fordert, dass:

1. die Verhandlungen mit größtmöglicher Transparenz und Öffentlichkeit zu führen sind,
2. die wirtschaftliche Betätigung von Kommunen im Bereich der Daseinsvorsorge und der kommunalen Infrastruktur auf keine Weise - auch nicht durch die Verwendung sogenannter Negativlisten - eingeschränkt werden soll,
3. Spielräume für eine Auftragsvergabe nach sozialen, ökologischen oder regionalen Kriterien im Vergleich zum nationalen oder EU-Recht nicht eingeeengt werden dürfen,
4. es keine Beschränkungen der Förderung von Sport, Kunst, Kultur und sozialem Engagement durch den Kreistag geben darf,
5. sichergestellt sein muss, dass Rechtsakte des Kreises und seiner Kommunen nicht Gegenstand von Verfahren vor Schiedsgerichten werden können.

Mit freundlichen Grüßen



(Sebastian Schuster)